

### Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/0758/2017**  
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
Datum: 31.08.2017

Amt: Büro der Stadtverordnetenversammlung  
Aktenzeichen/Telefon: - Al -/1032  
Verfasser/-in: Matthias Riedl, Fraktion Gießener Linke

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Zur Kenntnisnahme
Ausschuss für Planen, Bauen, Umwelt und Verkehr		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

#### **Betreff:**

**Jobticket für lohnabhängig Beschäftigte der Stadt Gießen  
- Antrag der Fraktion Gießener Linke vom 28.08.2017 -**

#### **Antrag:**

„Die Stadt Gießen führt das Jobticket, parallel zum Jobticket für Landesbeschäftigte des Landes Hessen, für alle Beschäftigten der Stadt Gießen und ihrer privatrechtlich organisierten Unternehmen ein.“

#### **Begründung**

Die von der Gewerkschaft ver.di erstrittene Einführung des Jobtickets für Landesbeschäftigte ist ein richtiger und wichtiger Beitrag zur zukunftsorientierten Verkehrspolitik des Landes Hessen. Die Stadt Gießen sollte sich hier ein Beispiel nehmen und die Notwendigkeit für den Besitz eines PKW für ihre Beschäftigten ebenfalls reduzieren. Ein dringend notwendiges Umdenken in der Bevölkerung im Bereich Mobilität kann nur durch niederschwellige Angebote, statt durch Verbote, gefördert werden. Das Jobticket für alle direkt oder indirekt Beschäftigten der Stadt Gießen ist hierbei ein weiterer Baustein unter vielen, der dies ermöglichen wird.

Matthias Riedl  
Fraktionsvorsitzender